

Keine „österreichische Lösung“!

Eine Kritik der Integrations- und Bildungspolitik in Österreich.

Seit Sommer 2015 war ich immer wieder, mit Unterbrechungen, in der Flüchtlingshilfe aktiv, mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Zu Beginn war es die simple Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, die in Traiskirchen zwischenzeitlich zusammengebrochen war, dann die Mitarbeit im Kindergarten am Hauptbahnhof Wien bei *Train of Hope*, wo ich auch die ersten Erfahrungen mit dem Unterrichten von Flüchtlingen machte, da wir den Kindern nebenbei ein paar erste Deutschkenntnisse vermittelten. Schließlich unterstützte ich ein Nachhilfeprojekt im 14. Bezirk, das klassische Nachhilfe für Schüler*innen mit Unterricht für Flüchtlinge zu verbinden versucht, und die Arbeit der RosaLilaVilla, die sich um schwule, lesbische, bisexuelle und Transgender-Flüchtlinge kümmert.

Die grundsätzlichen Fragen, die sich mir dabei stellten, waren folgende: Wie gelingt eine Integration, die nicht Unterordnung unter eine ominöse „Leitkultur“ oder bloßes Nebeneinander, sondern gleichberechtigtes Miteinander zum Ergebnis hat? Mit welchen Methoden schafft man es möglichst früh, ein gemeinsames Lernen und voneinander Lernen von Flüchtlingen und Einheimischen zu ermöglichen? Wie bereitet man Flüchtlinge auf ein Leben in einer Gesellschaft vor, die ihnen in wesentlichen Teilen potenziell feindlich gesonnen ist, ohne unnötige Panik zu verbreiten? Und wie begegnet man am effektivsten problematischen Einstellungen (beispielsweise einem patriarchalen Frauenbild oder Antisemitismus) im Rahmen des Unterrichts und darüber hinaus?

Sehr schnell fiel mir auf, dass mein persönlicher Handlungsspielraum und der von Helfer*innen allgemein in dieser Hinsicht sehr begrenzt ist. Die „österreichische Lösung“, also ein fauler Kompromiss um des Kompromisses willen, mit dem niemand wirklich zufrieden sein kann und der, um ja nicht anzuecken, auch möglichst wenig reale Veränderung mit sich bringt, ist in Österreich sprichwörtlich, und neben einigen sehr positiv hervorzuhebenden Ansätzen fielen mir auch im derzeitigen Umgang mit Flüchtlingen zahlreiche solcher österreichischen Lösungen auf. Diese machen sich in politischen, didaktischen und psychologischen Aspekten bemerkbar.

Bereits zu Beginn meiner Arbeit in Traiskirchen fiel mir etwa auf, dass ein großer Teil der logistischen Arbeit vor Ort, zum Teil auch Freizeitangebote, von der örtlichen Moschee übernommen wurden, deren Träger die Islamische Föderation ist. Diese steht der türkischen Milli Görüs/Saadet Partisi nahe, die eine fundamentalistische sowie stark antisemitische Weltanschauung vertritt. Dagegen vorzugehen war damals aus mehreren Gründen nicht möglich, einerseits fehlte vielen Helfer*innen das Problembewusstsein, andererseits wäre ohne den Moscheeverein ein Großteil der Infrastruktur zusammengebrochen. Für eine funktionierende Infrastruktur zu sorgen wäre allerdings Aufgabe des Staates. Dieser überlässt in vielen Fällen solchen problematischen, dem Islamismus zumindest nahestehenden Trägervereinen wichtige Integrationsaufgaben, Traiskirchen ist hier kein Einzelfall. Auch aus Wien und Oberösterreich sind mehrere Fälle bekannt,

in denen österreichische Filialen der Muslimbruderschaft, der AKP, der Milli Görüs oder der MHP/Graue Wölfe zentrale Aspekte der Integrationsarbeit überantwortet oder sich von diesen angeeignet wurden.

Die sogenannten „Wertekurse“ des Innenministeriums sind eine reine symbolpolitische Farce, eine gleichberechtigte Debatte über gesellschaftliche Werte, die nicht über, sondern mit den betroffenen Menschen geführt wird, findet praktisch nicht statt. Grundsätzlich ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn neu ankommenden Menschen mit den Sozialformen und Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in ihrer neuen Heimat vertraut gemacht werden. Was hier jedoch passiert, ist keine aufklärerische „Erziehung zur Mündigkeit“ (Theodor W. Adorno), sondern zum autoritären Gehorsam. In den sogenannten Wertekursen wird in aller Regel wenig Augenmerk auf allgemeine Grundwerte wie Menschen- und insbesondere Frauenrechte, Rationalismus, Aufklärung und Säkularismus gelegt, sondern auf die Vermittlung von Benimmregeln und Vorschriften.

Flucht ist eine traumatisierende Erfahrung. Viele Flüchtlinge leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen, etwa weil sie miterleben mussten, wie Angehörige sterben, Folter und Krieg in ihren Herkunftsländern überlebt haben, auch Vergewaltigungen während der Flucht sind keine Seltenheit. So kommt etwa eine in Deutschland durchgeführte Studie aus dem Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass mindestens 50% der dort aufgenommenen Flüchtlinge unter psychischen Erkrankungen leiden. Im Asylverfahren wird auf diese Problematik kaum eingegangen. Die Asylbehörden betrachten es kaum als ihre Aufgabe, Opfer von Gewalt bzw Folterüberlebende zu identifizieren, ihre Traumatisierung im Verfahren zu berücksichtigen und entsprechende Rehabilitationsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Nur in Ausnahmefällen wird in den Einvernahmen nach den Tätern gefragt. Im Gegenteil haben traumatisierte Personen häufig sogar schlechtere Chancen im Verfahren, da das etwa für Menschen mit posttraumatischer Belastungsstörung typische ausweichende Antwortverhalten oder die scheinbare emotionale Distanz zum Erzählten nicht selten als Unglaubwürdigkeit ausgelegt wird.